

Ihre Gesprächspartner:

Andreas Stangl

Mag. Dr. Philipp Gerhartinger

Präsident der AK Oberösterreich

Abteilung für Wirtschafts-, Sozial-
und Gesellschaftspolitik

**Studie zeigt Ungleichheiten
bei Klima-Förderungen**

AK fordert mehr Transparenz und gerechte Verteilung

Pressekonferenz

Freitag, 15. November, 10 Uhr

AK Oberösterreich

Der Zugang zu staatlichen Förderprogrammen ist nicht für alle Menschen gleich und teils stark abhängig von der individuellen finanziellen Lage: Das belegt eine aktuelle Studie des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw), die von der Arbeiterkammer Oberösterreich in Auftrag gegeben wurde und deutliche Schwankungen sowie verteilungspolitische Schief lagen zutage bringt.

Es sind ambitionierte Klimaziele, die die Politik beschäftigen: Bis 2030 müssen die Treibhausgasemissionen um 48 Prozent gegenüber dem Jahr 2005 sinken. Um die Kosten für diesen Übergang abzufedern, wird die Umstellung von Wirtschaft und Gesellschaft im Zuge der Dekarbonisierung durch staatliche Förderungen begleitet, etwa für die Einspeisung Erneuerbarer Energien, Gebäudesanierungen, Austausch von Öl und Gasheizungen, Elektromobilität oder Effiziente Energienutzung.

Ein Verteilungsmonitoring fehlt bisher

Unternehmen sowie private Haushalte sollen damit motiviert werden, Maßnahmen zu setzen, die dem Klimaschutz zugutekommen. Wer von Förderungen in der Praxis profitiert und welche Verteilungswirkung sie haben, war bisher unbekannt. Eine aktuelle Studie, die von der Arbeiterkammer Oberösterreich in Auftrag gegeben wurde, liefert zum ersten Mal eine Analyse der Verteilung klimaschutzrelevanter direkter staatlicher Förderungen (Klima-Förderungen) auf nationaler Ebene und im Bundesländervergleich.

Ungleichheiten bei Förderungen im Fokus

Nicht nur die Verteilung zwischen Unternehmen und privaten Haushalten ist dabei ein zentrales Thema. Auch innerhalb der Haushalte gibt es bei großen Programmen wie dem Kesseltausch, der Photovoltaik-Förderung (PV) oder der Förderung von E-Autos erhebliche Unterschiede. Das zeigen die Studienergebnisse. Demnach profitieren größere Unternehmen und einkommensstärkere Haushalte tendenziell stärker von den Förderprogrammen.

Obwohl theoretisch viele Förderungen für alle offenstehen, haben nicht alle dieselben Voraussetzungen, um aus dem Fördertopf in gleicher Art und Weise Unterstützung abzuholen und klimafreundlichen Maßnahmen zuzuführen.

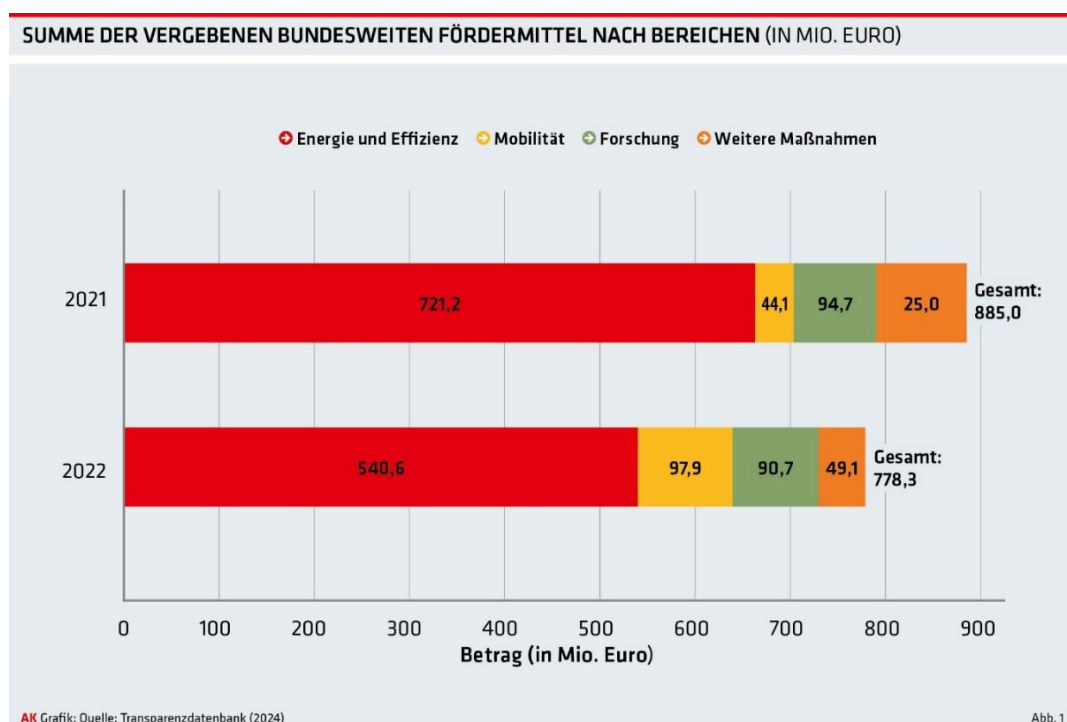
Förderungen sind Verteilungsfrage

Förderungen können dazu beitragen, klimafreundliche Technologien breiter zugänglich zu machen und sicherzustellen, dass möglichst viele Menschen am Übergang zu einer klimaneutralen Gesellschaft teilnehmen und davon profitieren können. Es besteht jedoch auch die Gefahr, dass Unternehmen und einkommensstarke Haushalte überproportional öffentliche Förderungen abrufen können und das, obwohl sie sich die Investitionen auch ohne Förderungen leisten könnten. Eine ungleiche Verteilung wiederum mindert die Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen innerhalb der Bevölkerung.

Was sind die relevanten Bereiche für die Klimaförderungen?

Der Verteilungsanalyse liegen Daten aus der Transparenzdatenbank zugrunde. Diese wurden unter Einbeziehung von Sonderauswertungen der Statistik Austria für die Jahre 2021 und 2022 aufbereitet. Dabei handelt es sich um die einzige verfügbare Quelle für eine Verteilungsanalyse.

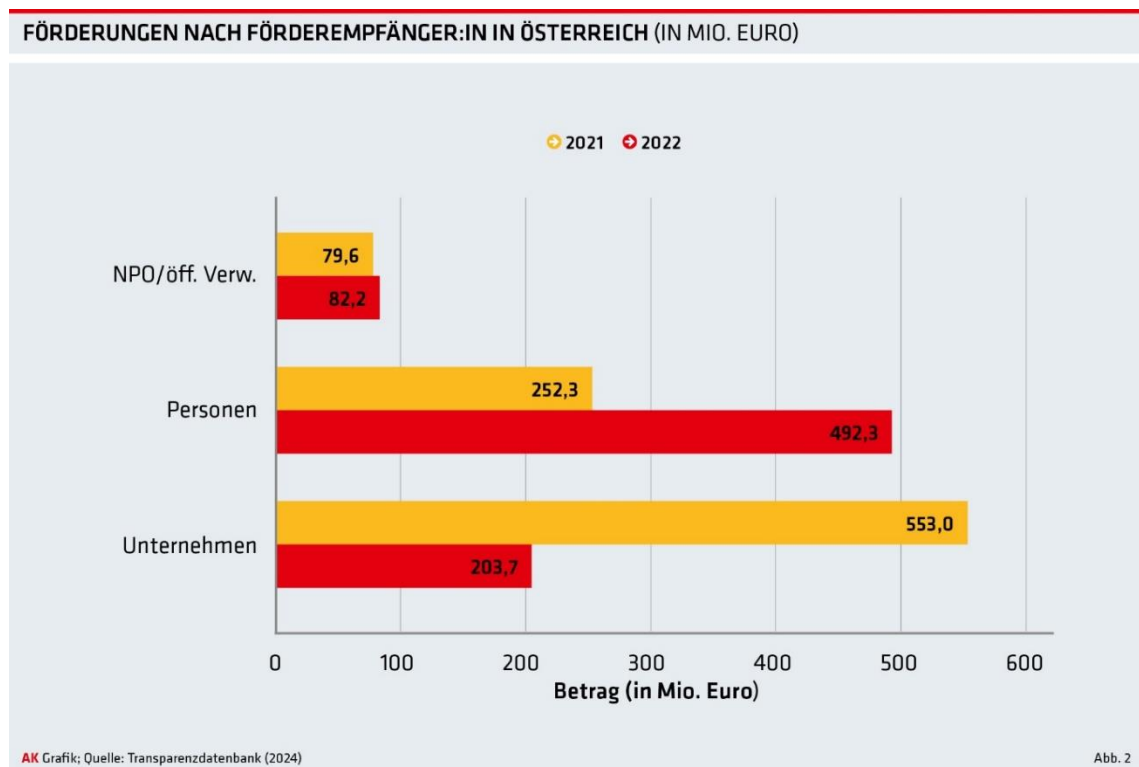
Die Transparenzdatenbank zeigt, dass 2021 Klimaförderungen in einem Gesamtvolumen von 885 Mio. Euro und im Jahr 2022 von 778 Mio. Euro ausbezahlt wurden. Der Großteil der Mittel floss im Bereich der Erneuerbaren Energie und Energieeffizienzmaßnahmen (vgl. Abb.1), gefolgt von Mobilität und Forschung.



Wer waren die Empfänger der Förderungen?

Auffallend ist vor allem eines: Es zeigt sich eine deutliche Verschiebung bei den Fördermittel-Empfänger:innen im Vergleich der Jahre 2021 und 2022. (vgl. Abb. 2). Im Jahr 2021 ging mit 553 Mio. Euro der Großteil der in den Daten enthaltenen Förderungen an Unternehmen, lediglich 252,3 Mio. Euro an Personen, deutlich dahinter sind gemeinnützige Organisationen und die öffentliche Verwaltung. Im Jahr 2022 wurden die meisten Mittel an Personen ausbezahlt (492,3 Mio. Euro) bei deutlich reduziertem Unternehmensanteil (203,7 Mio. Euro).

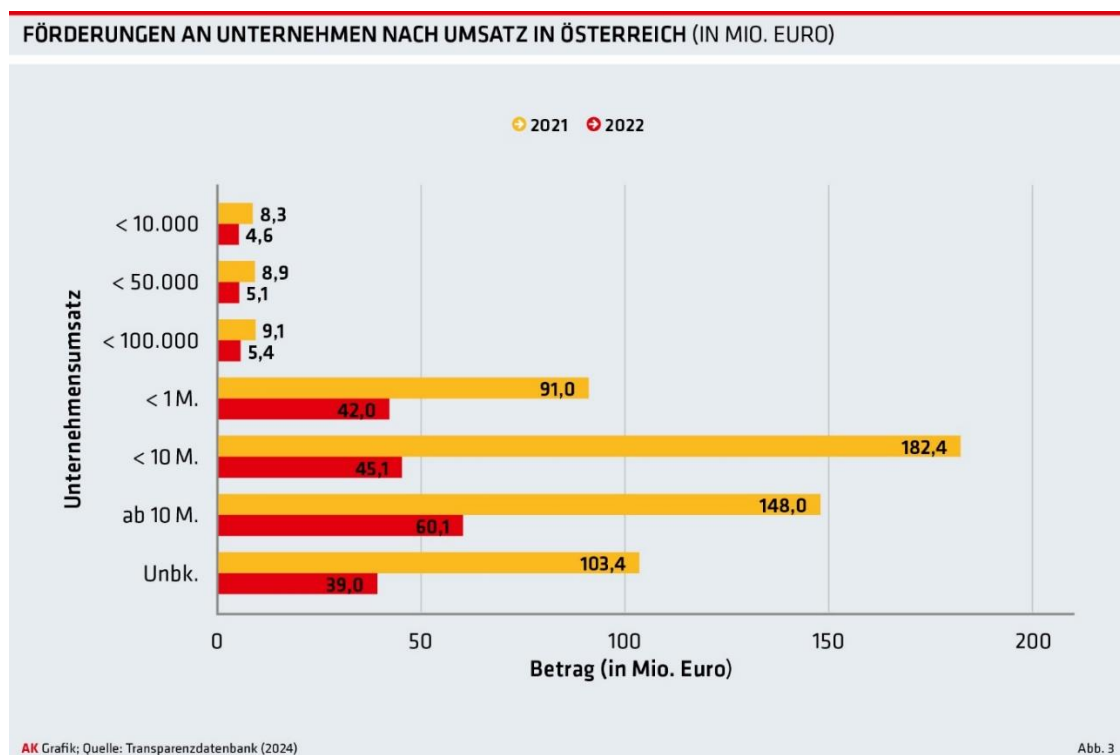
Dieser Rückgang an Unternehmensförderungen liegt teils am Rückgang der Sanierungsoffensive, hauptsächlich jedoch am Rückgang der Tarifförderungen gemäß Ökostromgesetz. Im Jahr 2022 waren die Marktstrompreise so hoch, dass sie über dem Niveau der geförderten Einspeisetarife für Erneuerbare Energien lagen. Daher mussten Unternehmen in diesem Bereich weniger gefördert werden. Der reduzierte Förderanteil der Unternehmen könnte somit einen Ausreißer darstellen, bedingt durch die außergewöhnliche Strompreissituation. Dieser Umstand unterstreicht die Notwendigkeit eines kontinuierlichen Verteilungsmonitorings zu den Klimaförderungen.



Analogie zwischen Unternehmensgröße und Förderhöhe gegeben

Betrachtet man die Verteilung der Unternehmensförderungen, zeigt sich, dass größere Unternehmen den Großteil der Fördermittel für sich beanspruchen konnten. Nur ein geringer Anteil der Förderungen ging an Firmen mit einem Jahresumsatz von unter einer Million Euro.

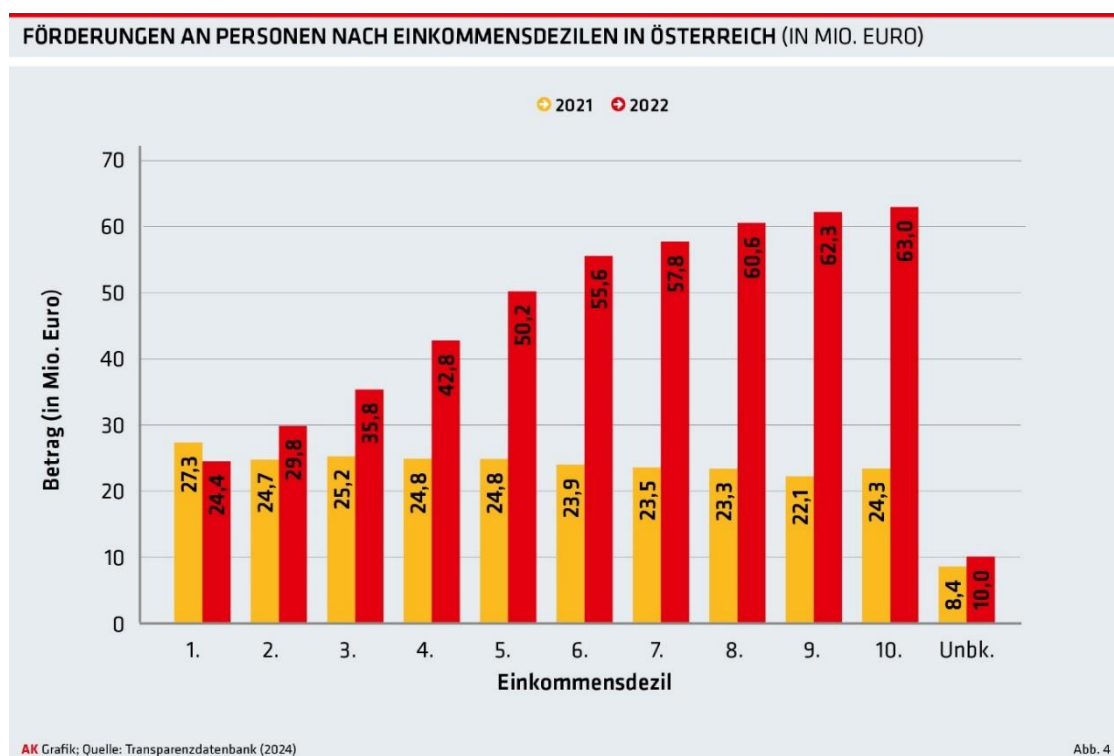
Konkret entfielen auf Unternehmen mit einem Umsatz von bis zu einer Million Euro im Jahr 2021 26 Prozent und im Jahre 2022 35 Prozent der zuordenbaren Fördermittel und somit 74 Prozent (2021) bzw. 65 Prozent (2022) an Unternehmen mit mehr als einer Million Umsatz. Kleinunternehmen mit weniger als 100.000 Euro Umsatz erhielten lediglich sechs Prozent (2021) bzw. neun Prozent (2022) der Fördermittel.



Personen mit niedrigem Einkommen profitieren weniger von Förderungen

Die Gründe für den Anstieg von Förderungen im privaten Bereich liegen bei der starken Zunahme bei der Auszahlung von Förderungen zum Austausch von Öl- und Gasheizungen durch Bund sowie Länder, sowie beim Anstieg klimarelevanter und nachhaltiger Energietechnologien wie Photovoltaik, Holzheizungen oder Solaranlagen im Privatbereich.

Nachhaltige Energieformen sind also im privaten Haushalt angekommen, werden aber eher von besserverdienenden Personen, die in einem Eigenheim leben, abgeholt. Für Personen mit geringerem Einkommen, die in Miete wohnen, gibt es kaum passende Förderprogramme. Als Mieter:in hat man wenig oder gar keinen Einfluss darauf, welches Heizungssystem in der Wohnung verwendet wird – das bestimmt in der Regel die Vermieter:in. Die öffentliche Förderung für den Heizungstausch kommt der Vermieter:in zugute. Die Studie zeigt deutlich auf, wie sich mit der Zunahme der privaten Förderungen im Jahr 2022 der Hauptteil der Mittel zunehmend zu den oberen Einkommenszehntel verschoben hat.



Eigenmittel sind ausschlaggebend

Einkommenstarke Haushalte können häufig stärker von staatlichen Förderungen profitieren, insbesondere wenn es um Programme geht, die keine strikte Einkommensgrenze haben. Sie haben zumeist die notwendigen Eigenmittel eher zur Hand, um die Mittel von zeitlich begrenzten Förderprogrammen abzurufen. Dadurch können sie eher investieren, um langfristig ihre Lebenshaltungskosten zu senken. Zum Beispiel durch energiesparende Maßnahmen, die Heizkosten sparen.

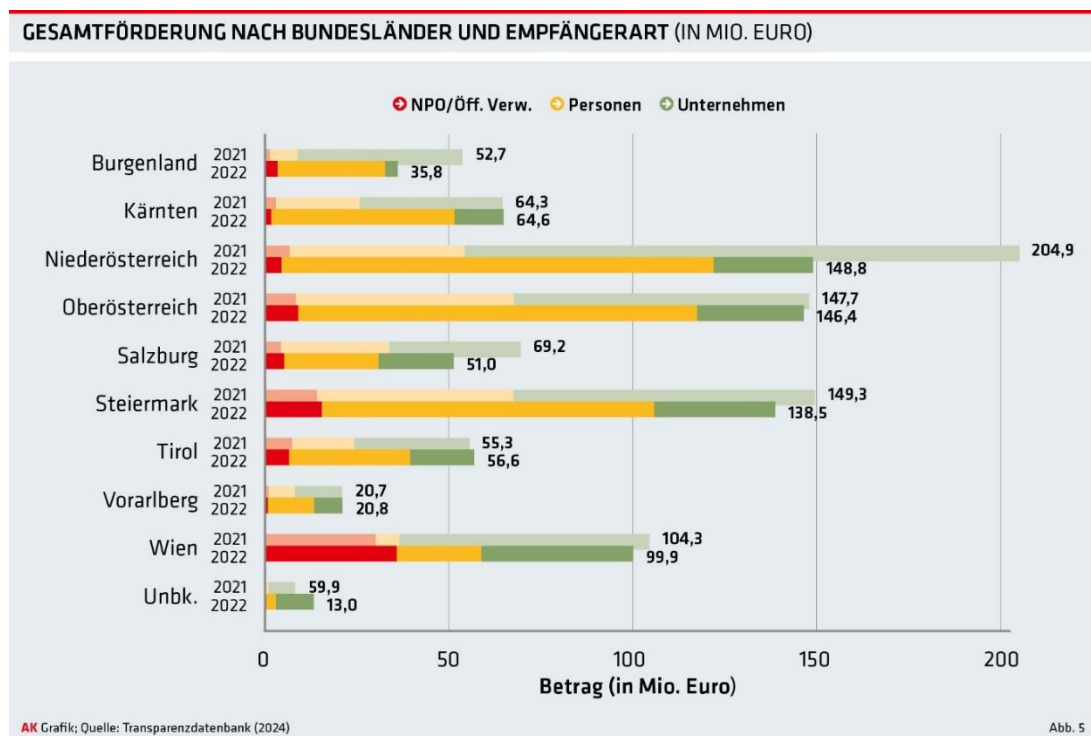
Einkommenschwächeren Haushalten hingegen fehlt sehr oft die Möglichkeit, den (hohen) Eigenmittelanteil und die Mittel für die notwendige Vorfinanzierung

aufzubringen, um in Energieeffizienz, PV-Anlagen, thermische Dämmung oder Elektromobilität zu investieren.

Dieses Ungleichgewicht wird besonders problematisch, wenn Förderprogramme auslaufen. Es besteht die Gefahr, dass sich einkommensstärkere Haushalte die Förderungen sichern, während jene, die nicht schnell genug sind oder finanziell nicht sofort in der Lage sind zu investieren, keine Förderung erhalten. Dieser Umstand sollte im Hinblick auf eine gerechte Verteilung von Klimaförderungen unbedingt beachtet werden.

Beitrag zum Klimaschutz aus OÖ besonders hoch

Auch auf regionale Unterschiede verweist die Studie an mehreren Stellen: In Oberösterreich ist das Abrufen von Förderungen im Vergleich zu anderen Bundesländern besonders hoch. Nach Niederösterreich wurden an oberösterreichische Unternehmen und Privatpersonen die zweitgrößte Summe an Klima-Förderungen im Jahr 2022 ausgezahlt.



Kombiniert man die wiiw-Studie mit einer aktuellen Analyse des Budgetdienstes zeigt sich, dass die Landesförderungen im Jahr 2023 gegenüber dem Jahr 2022 im Bereich Erneuerbarer Energie und Energieeffizienzmaßnahmen nochmals erheblich anstiegen (+79,3 Prozent). Dies ist auf die Förderung von Biomasseheizanlagen, Erneuerbaren

Energiegewinnungsanlagen und auf das Programm „Sauber heizen für alle“ zurückzuführen.

Die Studie unterstreicht damit den bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz privater Haushalte in Oberösterreich. Der Beitrag, welcher von vielen Haushalten, insbesondere aus der mittleren und oberen Einkommensgruppe, bereits geleistet wird, ist enorm.

Gleichzeitig verdeutlicht das auch, dass Oberösterreich mit seiner überdurchschnittlich hohen Eigentumsquote einen besonders hohen Investitionsbedarf hat. Es gibt sehr viele Eigenheime mit Sanierungsbedarf.

Das Steuersystem trägt dieser Entwicklung nicht angemessen Rechnung. Ganz im Gegenteil: Seit 2021 werden bei allen Arbeitnehmerveranlagungen, die sogenannten „Topfsonderausgaben“ für Wohnraumschaffung und -sanierung nicht mehr berücksichtigt. Arbeitnehmer:innen entgehen damit oft mehrere hundert Euro pro Jahr. In Zeiten hoher Sanierungskosten ist das wichtiges Geld, das den Arbeitnehmer:innen fehlt. Ein Wohnbonus, wie seitens der AK gefordert, kann hier unterstützen und liefert auch Anerkennung für laufende Klimaschutzleistungen.

Mangelnde Datenqualität – Transparenz und Monitoring gefordert

Was die Studie ebenfalls verdeutlicht ist, dass die Daten zu den Förderungen verbesserungswürdig sind und Quellen oft nicht miteinander vergleichbar sind. Die Transparenzdatenbank ist die einzige Datenquelle, es gibt keinen Überblick darüber, inwieweit meldepflichtige Förderungen nicht in der Transparenzdatenbank enthalten sind. Das Bundesfinanzministerium verlangt keine Vollständigkeitserklärungen der verantwortlichen Ministerien und Länder bei der Meldung von Förderungen. Ob die Meldungen daher vollständig sind, lässt sich nicht nachprüfen. Diese Kritik wurde auch bereits vom Rechnungshof (RH) geäußert.

Ein kontinuierliches Monitoring ist daher unerlässlich, um mehr Transparenz herzustellen, insbesondere da mit der so genannten „Klima- und Transformationsoffensive“ der Bundesregierung seit 2023 Fördermilliarden für den Klimaschutz und den Umbau der Industrie fließen, von denen der Unternehmenssektor deutlich stärker profitiert.

Forderungen der AK

Die Arbeiterkammer Oberösterreich fordert mehr Transparenz und ein verteilungspolitisches Monitoring durch die öffentliche Hand. Folgende zentrale Punkte stehen im Fokus:

- **Transparenz:** Arbeitnehmer:innen finanzieren Förderungen und müssen daher wissen, wohin diese Gelder fließen. Die AK fordert ein öffentliches verteilungspolitisches Monitoring und eine vergleichbare Kategorisierung von Förderungen.
- **Gerechte Verteilung:** Kleine und mittlere Einkommen dürfen nicht ausgeschlossen oder benachteiligt werden. Besonders bei der Diskussion um das Auslaufen von Förderprogrammen muss darauf geachtet werden, dass diese Haushalte weiterhin Zugang zu Förderungen haben.
- **Unternehmensförderungen mit Bedingungen:** Große Förderungen an Unternehmen dürfen nur dann fließen, wenn eine Standortgarantie, eine Gewinnbeteiligung und ein mit den Betriebsräten ausgearbeiteter Transformationsplan vorliegen. Werden Vereinbarungen nicht eingehalten, müssen Förderungen zurückbezahlt werden.
- **Wohnbonus:** Ein Wohnbonus in Höhe von 10 Prozent der Wohnkosten bzw. maximal 800 Euro in Form einer jährlichen Steuergutschrift für alle Arbeitnehmer:innen.